



Ist es jetzt warm am Südpol?
Meereisphysikerin Stefanie Arndt im Interview zur Arbeit in der Antarktis **Seite 23**

THEMEN DES TAGES

HANNOVER
Kliniken verschieben OPs wegen Grippewelle
Der Anstieg der Zahl von Infektionskrankheiten trifft nach Kinderkliniken nun auch die Erwachsenenmedizin. Etliche hannoversche Krankenhäuser müssen wegen der starken Belastung OPs verschieben und Stationen abmelden. **Seite 15**

Glatteis am Morgen: Polizei meldet rund 260 Unfälle
Am Montagmorgen bis etwa 10 Uhr hat die Polizei wegen Glatteis und frierender Nässe rund 260 Unfälle registriert. Zehn Personen erlitten dabei leichte Verletzungen. In den Schulen fiel wie angekündigt der Unterricht aus. **Seite 16**

WIRTSCHAFT
EU-Einigung bei Klimaschutz und Emissionshandel
Verbraucher und Unternehmen in der EU müssen künftig häufiger für den Ausstoß von CO₂ bezahlen. Unterhändler des EU-Parlaments und der Staaten einigten sich auf eine Reform des EU-Emissionshandels. **Seite 9**

WELT IM SPIEGEL
UN-Gipfel beschließt Plan für Erhalt der Artenvielfalt
Die Staatengemeinschaft hat sich in Montreal auf einen Plan zum Erhalt der Artenvielfalt geeinigt. Dafür sollen 30 Prozent der Land- und Meeresfläche unter Schutz gestellt werden. **Seite 28**

POLITIK
Wissing stellt Atomausstieg bis Mitte April infrage
Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) stellt den geplanten Atomausstieg infrage. Steigende Strompreise müssten durch verlängerte Laufzeiten verhindert werden. **Seite 5**

WETTER



Leserforum	6	Wetter	25
Börse	10	Medien	25
Täglich (fast) alles	22	Fernsehprogramm	26
Wissenschaft	24	Rätsel	27

Hannoversche Allgemeine
HANNOVERSCHER ANZEIGER VON 1893

Postanschrift: 30148 Hannover
Redaktion: (05 11) 5 18-0
Kleinanzeigen Privatkunden: 08 00-1 23 44 01*
Kleinanz. Geschäftskunden: 08 00-1 23 44 02*
Telefax Kleinanzeigen: 08 00-1 23 44 10*
Abonnenten-Service: 08 00-1 23 43 04*

www.haz.de
@HannoverscheAllgemeine

@haz.de
@HAZ

Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland



Gegen „das System“

Eine Mutter steckt tief in der Gedankenwelt der „Reichsbürger“. Am Ende nimmt das Jugendamt ihr die Kinder weg. Wie konnte es dazu kommen? **Seite 8**

Turnhallen als Notunterkunft: Sportlehrer protestieren

Viele Landkreise, Städte und Gemeinden in Niedersachsen nutzen Sportstätten / „Weitreichende Folgen für die Entwicklung von Schülern“

Von Karl Dolele
Hannover. Städte und Gemeinden in Niedersachsen müssen zunehmend auf Sporthallen als Notunterkünfte für Geflüchtete zurückgreifen. Nach Angaben von Landkreistag-Hauptgeschäftsführer Hubert Meyer ist das aktuell in etwa der Hälfte der Landkreise der Fall. Auch beim Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund (NSGB) ist die Lage angespannt. Laut NSGB-Präsident Marco Trips setzen mittelgroße Städte und auch Gemeinden ebenfalls auf Turnhallen als Notunterkünfte, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Das ruft den niedersächsischen Sportlehrerverband auf den Plan, der am Montag gegen Schulsporthallen als Notunterkünfte für Flüchtlinge protestierte. Sporthallen dürften „aus vielfältigen Gründen“ nicht zur Unterbringung von Geflüchteten „zweckentfremdet werden“, teilte der Verband in Langenhagen mit. An vielen Stellen im Land könnten Turnhallen weder für den Unterricht noch für den außer-

unterrichtlichen Sport genutzt werden. „Für Schulen stellt es ein großes Problem dar.“ Die Sportlehrer warnten mit Blick auf die Corona-Pandemie vor „weitreichenden Folgen für die motorische, emotionale, soziale und kognitive Entwicklung von Schülerinnen und Schülern“. Darüber hinaus sei es „unangemessen“, Menschen in Sporthallen unterzubringen. Das trage nicht dazu bei, den in Not geratenen Menschen „das Gefühl von Annahme zu vermitteln“. Die Vertreter von Städten, Gemeinden und Landkreisen in Niedersachsen zeigten Verständnis für die Kritik der Sportlehrer. „Wir geben alles, um die Nutzung von Sporthallen zu vermeiden“, sagte Jan Arning, Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetags, der für die Großstädte spricht. „Aber manchmal geht es nicht anders.“ In Braunschweig etwa sind Geflüchtete bereits in Sporthallen eingezogen. In Hannover werden sie bislang in Messehallen einquartiert. Trips forderte mehr Unterstützung für die Kommunen von Land und Bund. „Schon während der Co-

„Wir geben alles, um die Nutzung von Sporthallen zu vermeiden. Aber manchmal geht es nicht anders.“

Jan Arning, Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetags

rona-Pandemie hat der Sportunterricht zurückstecken müssen. Keine Stadt oder Gemeinde bringt gerne Menschen in Sport- und Turnhallen unter.“ Landkreistag-Hauptgeschäftsführer Meyer forderte das Land auf, die zentrale Unterbringung weiter auszubauen. „Die Nutzung einer großen Messehalle ist auch nicht optimal, verhindert aber, dass in der Fläche zehn weitere Turnhallen belegt werden müssen.“ Der Landessportbund (LSB) würdigte die Bemühungen der Kommunen, Sporthallen für den Schul- und Vereinssport offenzuhalten. Der LSB sprach von „großen Problemen“ für Sportvereine und bot den Kommunen Unterstützung bei der Suche nach alternativen Unterbringungsmöglichkeiten an. Die Belegung von Sporthallen müsse „Ultima Ratio“ bleiben, forderte Reinhard Rawe, LSB-Vorstandsvorsitzender. Das niedersächsische Innenministerium rechnet bis zum Jahresende damit, dass allein aus dem Kriegsgebiet in der Ukraine 110.000 Flüchtlinge in Niedersachsen untergebracht werden müssen.

Puma-Panzer: Regierung stoppt Kauf

Berlin. Verteidigungsministerin Christine Lambrecht zieht weitreichende Konsequenzen aus dem Pannendesaster bei Übungen mit dem Schützenpanzer Puma. Die SPD-Politikerin ließ am Montag nach Krisengesprächen geplante Nachbeschaffungen des Gefechtsfahrzeugs auf Eis legen, wie das Verteidigungsministerium mitteilte. Zudem wurde beschlossen, die Soldaten der Bundeswehr vom 1. Januar an nicht mit dem modernen Puma, sondern mit dem seit Jahrzehnten genutzten Schützenpanzer Marder für die schnelle Nato-Eingreiftruppe VJTF bereitzustellen. Lambrecht forderte zudem bei einer Pressekonferenz in der Slowakei Verlässlichkeit des Schützenpanzers über die nun anstehende Instandsetzung hinaus, „wenn mit diesem System weiter geplant werden soll“. „Ich erwarte von der Industrie, dass die Schäden, die jetzt am Puma aufgetreten sind, sehr, sehr schnell behoben werden. Hier ist die Industrie jetzt in der Verantwortung“, sagte Lambrecht zudem. Sie versicherte: „Die Nato, unsere Alliierten, können sich zu 100 Prozent auf die Zusagen aus Deutschland verlassen.“

Das Puma-Debakel **Seite 4**

300 Millionen Euro für Betriebe in Niedersachsen

Land legt Kriterien für Zuschüsse an kleine und mittlere Unternehmen vor / Lob von Verbänden und Gewerkschaften

Von Elisabeth Woldt

Hannover. Niedersächsische Unternehmen geraten angesichts der hohen Energiepreise und der Inflation in Existenznot. Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) hat nun am Montag vorgestellt, wie Betriebe an die angekündigten Finanzhilfen des Landes gelangen können. „Wir wissen in dieser Krise um unsere Verantwortung und stehen als Landesregierung eng an der Seite von Mittelstand und Handwerk“, sagt Lies. Es gehe um nicht weniger als darum, Arbeitsplätze in Mittelstand und Handwerk zu retten. Die Antragsstellung ist ab 23. Februar bis Ende März bei der NBank möglich. Um eine schnelle Hilfe zu gewährleisten, sei eine unmittelbare Abschlagszahlung

von 50 Prozent der beantragten Hilfe vorgesehen. Schon vier bis fünf Tage nach der Antragstellung solle das Geld ausgezahlt werden. Antragsberechtigt sind Firmen mit bis zu 250 Mitarbeitern, die ihren Sitz in Niedersachsen haben. Voraussetzung ist, dass die Gesamtausgaben für Energie, unabhängig von der Energieform, zwischen Juli und Dezember dieses Jahres um mehr als 3000 Euro über dem doppelten Betrag im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gelegen haben. Zugleich müssen die liquiden Mittel zum 30. November dieses Jahres unter dem Stand vom 1. Juli dieses Jahres gelegen haben. Die maximale Förderung je Unternehmen ist auf 500.000 Euro begrenzt. Insgesamt 300 Millionen Euro



Unternehmen atmen auf: Das Land hilft mit Millionen durch die Energiepreiskrise. FOTO: OLIVER BERG/DPA

sind im Rettungspaket vorgesehen, das Niedersachsen mit 200 Millionen und der Bund mit 100 Millionen finanziert. 100 Millionen Euro Finanzhilfen können rückwirkend für 2022 abgerufen werden. Für den Herbst 2023 ist

dann eine Neuauflage des Programms mit angepassten Förderbedingungen geplant. Dann können weitere 200 Millionen Euro verteilt werden. IHK Niedersachsen, Handwerkskammern, Deutscher Gewerkschaftsbund und Unternehmerverbände begrüßen die Pläne der Landesregierung. Maïke Bielfeldt, Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer Niedersachsen, sagte: „Wichtig ist, dass die Fördermittel die Betriebe schnell erreichen, damit deren Liquidität gesichert werden kann.“ „Durch diese Richtlinie werden nun auch kleine Betriebe berücksichtigt, die von den Bundesprogrammen bisher weitgehend nicht berücksichtigt wurden“, sagt Hildegard Sander, Hauptge-

schaftsführerin der Handwerkskammer Niedersachsen. Jetzt brauche es auch eine Lösung für die größeren Betriebe mit mehr als 250 Mitarbeitern, die weder von den Bundes- noch von den Landesprogrammen erfasst seien. Mehrdad Payandeh, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Niedersachsen, betonte die Wichtigkeit, dass Hilfen an den Erhalt der Arbeits- und Ausbildungsplätze gebunden würden. „Denn es geht in der aktuellen Situation darum, Härtefälle zu verhindern, und jeder verlorene Arbeitsplatz ist ein Härtefall zu viel.“ Kritik an dem Hilfsprogramm kam aus der Landtagsopposition von der AfD. **So läuft's für Firmen **Seite 7****